

WIENER LANDESREGIERUNG



MD-2549-1 und 2/93

Wien, 18. Oktober 1993

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Zivildienstgesetz
1986 - ZDG geändert wird
(Zivildienstgesetz-Novelle
1993);
Stellungnahme

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	93-GE/19.93
Datum: 21. OKT. 1993	
Verteilt 22. Okt. 1993 <i>Peischl</i>	

An das
Präsidium des Nationalrates

Dr. Alsch - Harant

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der Bei-
lage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Be-
treff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilage
(25-fach)

Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor

00

WIENER LANDESREGIERUNG



Dienststelle MD-Büro des Magistratsdirektors

Adresse 1082 Wien, Rathaus

Telefonnummer 40 00-82126

MD-2549-1 und 2/93

Wien, 18. Oktober 1993

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Zivildienstgesetz
1986 - ZDG geändert wird
(Zivildienstgesetz-Novelle
1993);
Begutachtung;
Stellungnahme

zu Zl. 94 103/264-IV/9/93

An das
Bundesministerium für Inneres

Auf das do. Schreiben vom 14. September 1993 beehrt sich das
Amt der Wiener Landesregierung, zu dem im Betreff genannten
Gesetzesentwurf bekanntzugeben:

Eingangs wird zu dem angesprochenen saisonalen Einsatz von
Zivildienstpflichtigen festgestellt, daß im Bereich des
Landes Wien einige Einrichtungen der Kinder- und Jugendbe-
treuung bedingt durch die zahlreichen Ferienaktionen vor
allem in den Sommermonaten einen verstärkten Bedarf haben.
Ein saisonaler Einsatz von Zivildienern würde sich auch bei
der Migrantenintegration, der Betreuung von gefährdeten
Kindern und Jugendlichen in der offenen Sozialarbeit sowie
im Bereich des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der

- 2 -

Landschaftspflege anbieten. Bei der Dauer des Zivildienstes von zehn Monaten sollte der Einsatz jeweils in den Monaten Mai bis September erfolgen.

In diesem Zusammenhang wird zu den bestehenden Zuweisungsterminen der Zivildienstpflichtigen bemerkt, daß diese (insbesondere im Schulbereich) nicht als optimal angesehen werden können. Mit Rücksicht auf die Dauer des Schuljahres würde eine effektive Ableistung des Zivildienstes in Schulen eine Zuweisung der Zivildienstpflichtigen von September bis Juni bedingen. Die derzeitige Praxis, die Zivildienstpflichtigen im Oktober zuzuweisen, bewirkt eine unverhältnismäßige Belastung des vorhandenen Personals im September und einen nicht optimalen Einsatz der Zivildienstleistenden im Juni.

Einzelne Bestimmungen des Entwurfes geben Anlaß zu folgenden Bemerkungen:

Zu § 3 Abs. 2:

Die zusätzliche Aufnahme der Dienstleistungsgebiete "Umweltschutz", "Naturschutz und Landschaftspflege", "Dienst in inländischen Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus", "Sicherheitsvorsorge" sowie "Resozialisierungshilfe" wird sicherlich zu einer Erhöhung der Zivildienstplätze führen.

Zusätzlich wird die Aufnahme folgender Einsatzgebiete für Zivildienstleistende vorgeschlagen:

Betreuung von Kindern und Jugendlichen im schulischen und außerschulischen Bereich (ganztägige Betreuungsformen, Parkbetreuung, Leseanimation, offene Kinder- und Jugendsozialarbeit), Integrationsmaßnahmen für die Eingliederung ausländischer Mitbürger.

- 3 -

Zu § 3 Abs. 4:

Die Heranziehung der Zivildienstleistenden zu sogenannten "Systemerhalterdiensten" sollte nur in einem - im Vergleich zu den bei der jeweiligen Einrichtung primär zu verrichtenden Tätigkeit - untergeordneten Verhältnis erfolgen und jeweils auch bescheidmäßig vorgeschrieben werden.

Zu § 4 Abs. 5:

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob es weiterhin zweckmäßig ist, im Anerkennungsverfahren zwingend ein Gutachten des Zivildienststrates einholen zu müssen. Eine rasche Entscheidung über die Anerkennung von Einrichtungen, die aufgrund aktueller Bedürfnisse und Ereignisse (z.B. Wechsel des Rechtsträgers, Änderung der Anzahl der Zivildienstplätze oder der Tätigkeitsbereich) erforderlich wird, ist dadurch kaum möglich.

Es wird daher vorgeschlagen, die Begutachtung durch den Zivildienststrat entfallen zu lassen und die Durchführung des Ermittlungsverfahrens dem Landeshauptmann zu übertragen.

Zu § 7 Abs. 2:

Mit der nunmehr einheitlichen Festlegung der Dauer des ordentlichen Zivildienstes mit zehn Monaten wird der bestehenden Praxis Rechnung getragen, zumal auch in Wien lediglich eine Einrichtung "8-Monatsplätze" hat. Der Wegfall der Differenzierung führt überdies zu einer Vereinfachung.

Zu § 14a Abs. 1:

Diese Bestimmung steht zu Art. 19 Abs. 1 B-VG insofern in einem Spannungsverhältnis, als das Schicksal eines Bescheides eines obersten Organes der Bundesvollziehung nicht unmittelbar von Erklärungen eines Normunterworfenen abhängig

- 4 -

sein kann. Der vom Gesetzentwurf angestrebte verwaltungs-
ökonomische Effekt wäre auch dadurch zu erzielen, daß der
Bundesminister für Inneres mit Einlangen des Verzichtes zur
Erlassung eines Zuweisungsbescheides berechtigt wird, mit
dessen rechtswirksamer Zustellung der den Aufschub bewillig-
ende Bescheid als widerrufen gilt oder außer Kraft tritt.

Zu § 14a Abs.4:

Zur Erläuterung des "angemessenen Fortschrittes" in der für
den Aufschub maßgeblichen Ausbildung wird angeregt, auf
die analoge Anwendung der Bestimmungen des Familienlasten-
ausgleichsgesetzes und des Studienförderungsgesetzes hin-
zuweisen.

Zu § 25a:

Die Aufnahme des Verpflegsgeldes in die Pauschalvergütung
wird eine wesentliche Vereinfachung des administrativen
Arbeitsaufwandes bewirken und wird daher begrüßt.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme
dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:



Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor